Rede
zur Einbringung des
Ergebnis- und Investitionsplanes 2010 – 2013
am 02. Februar 2010

Stadtkämmerer Werner Lütkemeier

Es gilt das gesprochene Wort!!!

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,
sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich mit einem Zitat beginnen:

„Die Kommunen befinden sich in der schwersten Finanzkrise seit dem 2. Weltkrieg. Die Finanz- und Wirtschaftskrise reißt tiefe Löcher in die kommunalen Haushalte."

so der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, Dr. Bernd Jürgen Schneider, in seinem Vortrag am 25. Januar 2010 vor der Arbeitsgemeinschaft „Münsterland" des Städte- und Gemeindebundes NRW in Emsdetten.

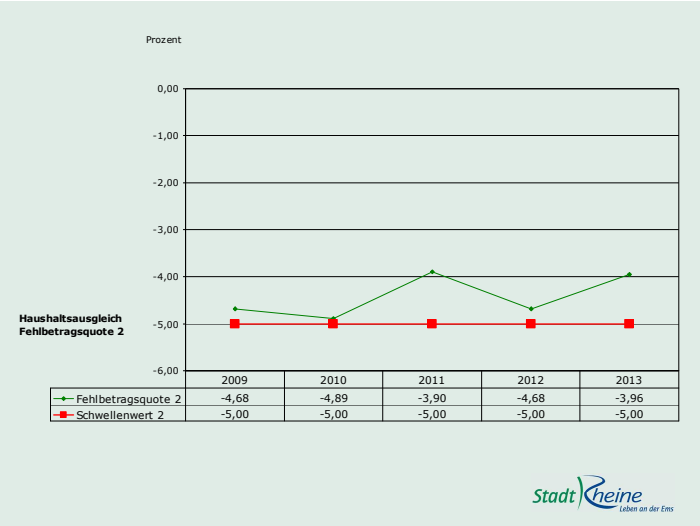
Die Finanzkrise ist für die Kommunen deshalb besonders dramatisch, weil sich sowohl auf der Ertragsseite wie auf der Aufwandsseite die Entwicklungen geradezu überschlagen. Täglich gibt es neue Hiobsbotschaften. Und betroffen sind nicht nur Großstädte. Auch kreisangehörige Kommunen, so auch in unserem Kreis, selbst die, die jahrzehntelang sparsam gewirtschaftet haben und kerngesund waren, werden vom Abwärtsstrudel erfasst. Die kommunalen Haushalte werden buchstäblich zerrieben zwischen wegbrechenden Erträgen, explodierenden Aufwendungen und steigenden Liquiditätskrediten.

Schon zur Mitte letzten Jahres zeichnete sich eine dramatische Verschlechterung der Finanzlage der Stadt Rheine ab. Diese findet ihre Fortsetzung in dem Ihnen nun vorgelegten Entwurf des Haushaltsplanes für 2010 und der Finanzplanung bis 2013. Damit wird die vor knapp einem Jahr bereits prognostizierte negative Finanzentwicklung nochmals deutlich verschärft. Sie stürzt auch die Stadt Rheine in ihre bisher schwerste Finanzkrise. Die Finanzierungs- und Liquiditätsprobleme nehmen innerhalb kürzester Zeit Ausmaße an, die bis vor kurzem für uns unvorstellbar waren. Die Haushaltspläne der vergangenen Jahre konnten zwar auch keinen Ausgleich zwischen Aufwendungen und Erträgen herstellen, ermöglichten aber wenigstens in der Perspektive einen originären Haushaltsausgleich. Sie waren bisher grundsätzlich (noch) genehmigungsfähig, weil der Eigenkapitalverzehr noch unterhalb der maßgebenden Schwellenwerte für ein Haushaltssicherungskonzept blieb. Mit dem für das letzte Jahr voraussichtlich zu erwartenden Fehlbetrag von 17,5 Mio. Euro und dem beim Eckdatenbeschluss für 2010 dokumentierten Fehlbetrag von 20 Mio. Euro wäre erstmals einer der maßgebenden Schwellenwerte für ein Haushaltssiche-

rungskonzept überschritten. Denn nach § 76 (1) Ziffer 2 GO NRW hat die Gemeinde zur Sicherung ihrer dauerhaften Leistungsfähigkeit ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn bei der Aufstellung des Haushalts in zwei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren geplant ist, den in der Schlußbilanz des Vorjahres auszuweisenden Ansatz der allgemeinen Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel zu verringern. Dieser Wert liegt für die Stadt Rheine bei rd. 15,5 Mio. Euro. Damit hätte die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes bestanden. Hierauf hat die Aufsichtsbehörde bereits im Rahmen der Genehmigung der Haushaltssatzung für 2009 hingewiesen. Deshalb bestand die weitergehende Zielsetzung für die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes 2010 vor allem darin, unter Einbeziehung der maßgebenden städtischen Beteiligungen Stadtwerke für Rheine GmbH und Sparkasse Rheine die Ertragsseite der Stadt so zu stärken, dass ein Haushaltssicherungskonzept für die Stadt Rheine verhindert wird.

„Außergewöhnliche Situationen erfordern außergewöhnliche Maßnahmen!"

Ich bin dankbar, dass Geschäftsführung und Aufsichtsrat der Stadtwerke sowie Vorstand und Verwaltungsrat der Sparkasse in dieser dramatischen Finanzsituation der Stadt ihre Unterstützung signalisiert haben. Mir ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass diese Unterstützung nicht zu Lasten der Kunden der Stadtwerke und der Sparkasse geht. Denn sie erfolgt zum einen aus der Kapitalrücklage der Stadtwerke und zum anderen aus dem laufenden Ergebnis des jeweiligen Geschäftsjahres der Sparkasse. Vorgesehen ist, dass beide Beteiligungen die Stadt in den Jahren 2010 und 2011 mit insgesamt jeweils 4 Mio. Euro unterstützen.



Wir können Ihnen deshalb heute den Entwurf der Haushalts- und Finanzplanung für 2010 bis 2013 vorlegen, der in allen Planjahren unterhalb des maßgebenden Schwellenwertes für ein Haushaltssicherungskonzept bleibt!

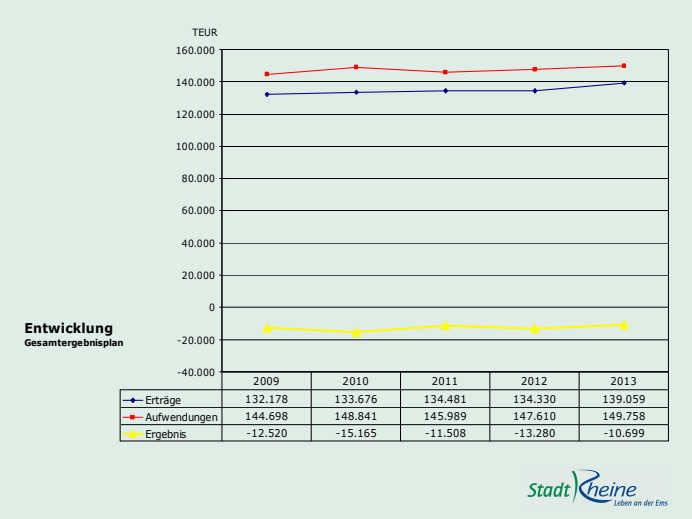
Diese Darstellung macht überdeutlich, wie eng inzwischen der finanzielle Handlungsrahmen für die Stadt geworden ist. Er tendiert nahezu gegen „Null". Das sah vor gut einem Jahr noch erheblich besser aus.

Wesentliche Grundlage für die Aufstellung des Entwurfes der Ergebnis- und Investitionsplanung 2010 – 2013 waren die Eckdatenbeschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 01. Dezember 2009.

Wir haben darüber hinaus wesentliche weitergehende Erkenntnisse, die sich aus den Ergebnissen der November-Steuerschätzung und aus dem inzwischen verabschiedeten Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2010 ergaben, eingearbeitet. Auch Einzelanpassungen, wie beispielsweise Korrekturen der Abschreibungen und der Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, die sich im Rahmen der Prüfung der Eröffnungsbilanz sowie der Aufstellung der Jahresabschlüsse 2006 und 2008 ergaben, wurden über den Eckdatenbeschluss hinaus in den Entwurf eingearbeitet. Der Ihnen vorliegenden Sachdarstellung sind alle übrigen Anpassungen zu entnehmen.

Zudem möchte ich darauf hinweisen, dass der Jahresabschluss für 2008 noch nicht endgültig fertig gestellt ist und insofern die in der Spalte „Ergebnis 2008" dargestellten Werte dem aktuellen Stand entsprechen. Abschreibungen, Auflösung von Sonderposten und Rechnungsabgrenzungsposten konnten augenblicklich noch nicht eingebucht werden.

Werfen wir nun einen Blick auf den Gesamtergebnisplan.



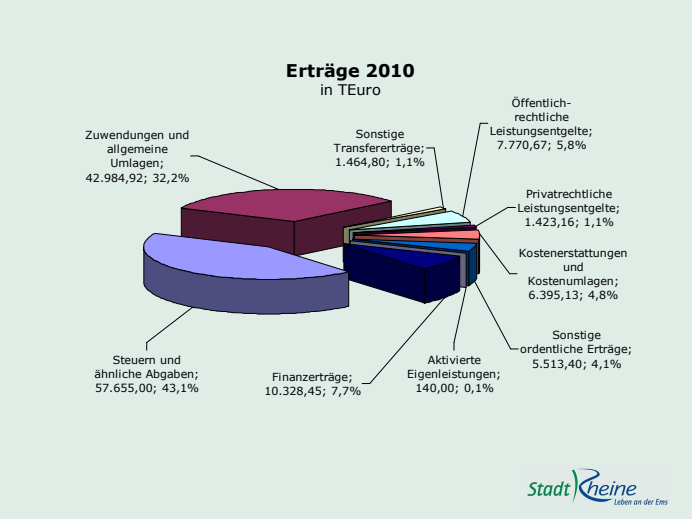
	2009	2010	2011	2012	2013
Erträge	132.178	133.676	134.481	134.330	139.059
Aufwendungen	144.698	148.841	145.989	147.610	149.758
Ergebnis	-12.520	-15.165	-11.508	-13.280	-10.699

Die im kommenden Jahr erwarteten Erträge sind nach dem Gesamtergebnisplan mit 133,7 Mio. Euro ausgewiesen. Sie liegen damit 2,5 Mio. Euro unter den Annahmen der bisherigen Finanzplanung. Den Erträgen stehen Aufwendungen in Höhe von 148,8 Mio. Euro gegenüber. Das sind gegenüber der bisherigen Finanzplanung 4,7 Mio. Euro mehr. Daraus ergibt sich für 2010 ein Fehlbetrag in Höhe von 15,2 Mio. Euro. Der Eckdatenbeschluss des Haupt- und Finanzausschusses ging noch von einem Fehlbetrag in Höhe von 20 Mio. Euro aus. Wir haben im Haushaltsentwurf Abführungen der Stadtwerke für Rheine GmbH für 2010 in Höhe von 3 Mio. Euro

und für 2011 in Höhe von 1 Mio. Euro sowie Abführungen der Sparkasse Rheine in Höhe von jeweils 2 Mio. Euro für 2010 und 2011 eingeplant.

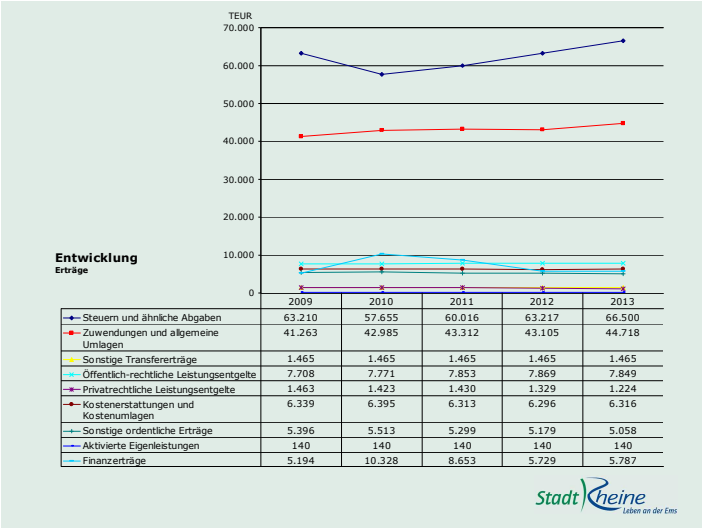
Meine Damen und Herren,
wir müssen uns auf nicht absehbare Zeit darauf einstellen, keine weiteren finanziellen Handlungsspielräume zu haben. Jede sich bietende Möglichkeit muss unabdingbar zur dauerhaften Haushaltskonsolidierung genutzt werden!

Ich möchte Ihnen als nächstes die Ertragsseite darstellen.



Die Steuern und ähnlichen Abgaben stellen mit 57,7 Mio. Euro und 43,1 % (noch) die wesentlichste Ertragsquelle der Stadt Rheine dar. Diese Erträge sind mit – 7,7 Mio. Euro oder 11,8 % gegenüber den Annahmen in der bisherigen Finanzplanung geradezu abgestürzt. Daneben bilden die Erträge aus Zuwendungen mit 43 Mio. Euro oder 32,2 % die zweite wichtige Stütze für den städtischen Haushalt. Sie entsprechen in dieser Größenordnung den Annahmen der bisherigen Finanzplanung. Diese beiden Ertragsarten machen gut 75 % der Gesamterträge aus. Die Finanzerträge haben sich gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt. Hierin enthalten sind mit 5 Mio. Euro die oben bereits angesprochenen Abführungen der Stadtwerke und der Sparkasse.

Schauen wir uns nun die Entwicklung der einzelnen Ertragsarten an.

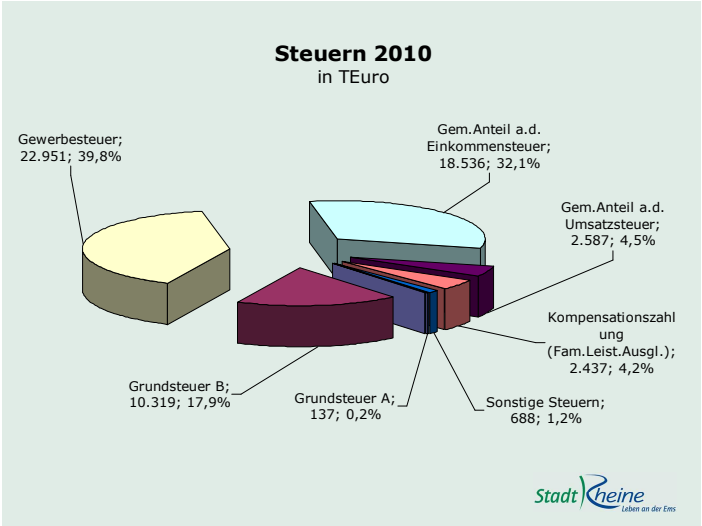


	2009	2010	2011	2012	2013
Steuern und ähnliche Abgaben	63.210	57.655	60.016	63.217	66.500
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	41.263	42.985	43.312	43.105	44.718
Sonstige Transfererträge	1.465	1.465	1.465	1.465	1.465
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.708	7.771	7.853	7.869	7.849
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.463	1.423	1.430	1.329	1.224
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	6.339	6.395	6.313	6.296	6.316
Sonstige ordentliche Erträge	5.396	5.513	5.299	5.179	5.058
Aktivierte Eigenleistungen	140	140	140	140	140
Finanzerträge	5.194	10.328	8.653	5.729	5.787

Wir haben die Entwicklung der Steuern auf der Basis der derzeit geltenden Hebesätze, der Ergebnisse der November-Steuerschätzung sowie unter Berücksichtigung der Orientierungsdaten des Landes prognostiziert. Eine andere Planungsbasis steht uns augenblicklich nicht zur Verfügung. Ich muss allerdings deutlich sagen, dass diese Planungsgrundlagen von Annahmen geprägt sind, die sich mit zunehmender Zeit durchaus als zu optimistisch herausstellen könnten. Das trifft auch auf die Schlüsselzuweisungen als wesentlicher Teil der Erträge aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen zu. Ich erinnere hier nur an die notwendige und uns noch bevorstehende Abfinanzierung der Fonds im Zusammenhang mit den verschiedenen Konjunkturpaketen und den Bürgschaften des Bundes für Unternehmen und Banken. Daran werden mit Sicherheit auch die Kommunen beteiligt, und zwar nicht nur was ihren Eigenanteil im Rahmen des Investitionsförderungsgesetzes NRW anbelangt.

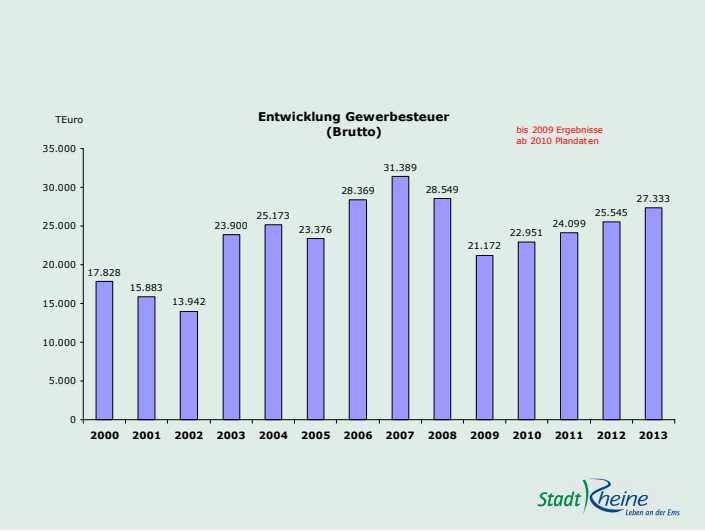
Die übrigen Ertragspositionen entwickeln sich nur sehr verhalten.

Werfen wir nun einen kurzen Blick auf die erste wichtige Säule des städtischen Haushalts, die Steuern.



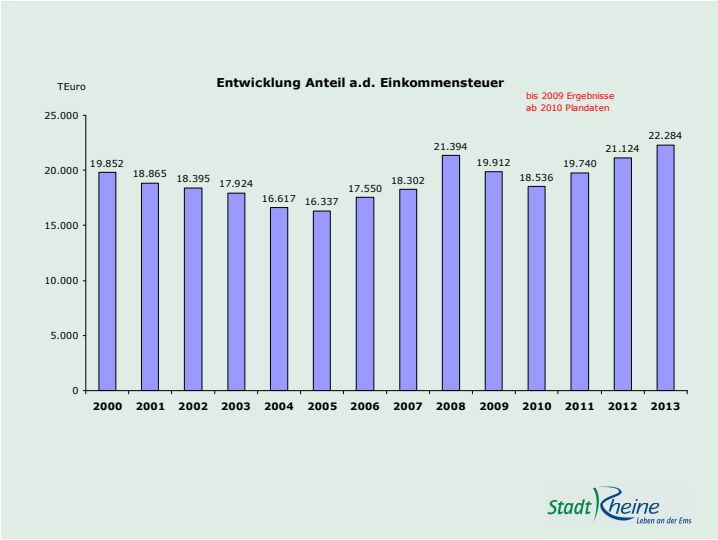
Aus dieser Grafik wird deutlich, dass nur noch 39,8 % der Steuererträge über die Gewerbesteuer erzielt werden und nur noch 32,1 % kommen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Diese beiden Steuern machen 71,9 % des gesamten Steueraufkommens der Stadt Rheine aus. Das sind aber auch die Erträge, die ausschließlich von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig sind!

Schauen wir uns nun die Entwicklung dieser den städtischen Haushalt bestimmenden Steuererträge in der rückwärts- und zukunftsgewandten Perspektive an.



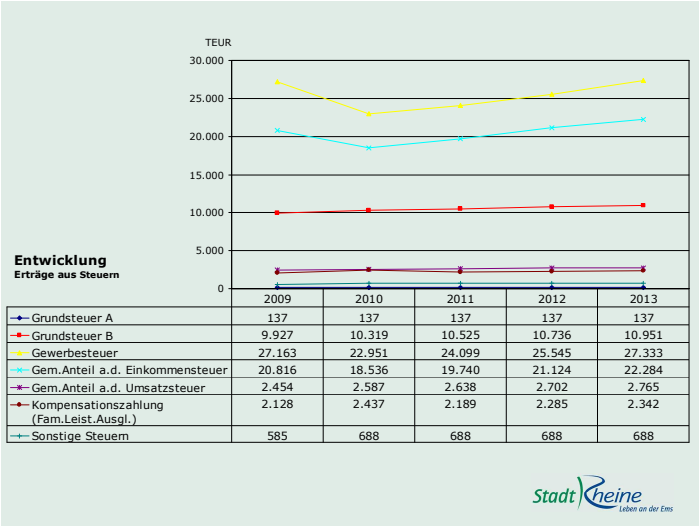
Die Gewerbesteuer als wichtigste kommunale Ertragsquelle ist im letzten Jahr geradezu abgestürzt. Gegenüber dem aufkommensstärksten Jahr 2007 beträgt dieser Rückgang 10,2 Mio. Euro oder 32,5 %. Im Landesdurchschnitt betrug der Rückgang 20 %. Wir hoffen, dass die Talfahrt für Rheine vorbei ist. Denn die derzeitigen Steuerfestsetzungen lassen für 2010 eine leicht positive Entwicklung erwarten. Es darf allerdings nicht zu weiteren großen negativen Anpassungen aus vorhergehenden Jahresabschlüssen der Unternehmen kommen.

Nicht weniger katastrophal sieht es beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer aus.



Hier ist ein Einbruch gegenüber 2008 von 2,9 Mio. Euro oder 13,6 % zu verzeichnen. Dabei ist das Wachstumsbeschleunigungsgesetz noch nicht berücksichtigt. Wird es umgesetzt, kommen weitere Einbußen pro Jahr hinzu!

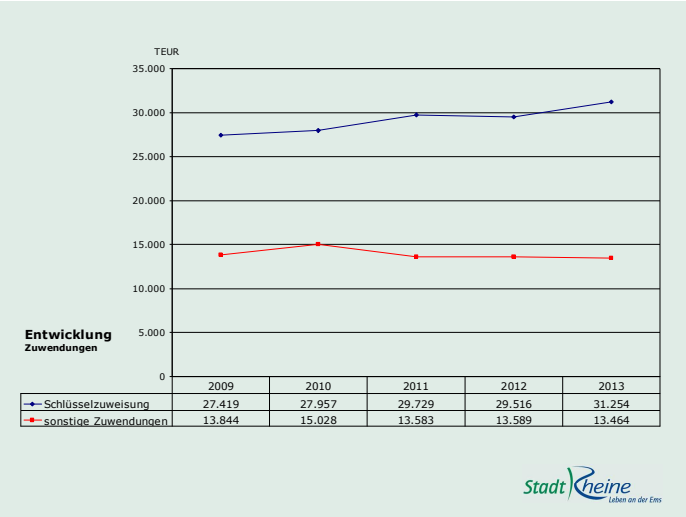
Zusammen betrachtet haben wir innerhalb kürzester Zeit steuerliche Ertragseinbußen bei der Gewerbesteuer und beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Höhe von 13,1 Mio. Euro zu verkraften. Diese Zahlen sind – unbestritten - dramatisch, aber nicht das Hauptproblem der desolaten Finanzlage der Kommunen. Dazu später mehr.



	2009	2010	2011	2012	2013
Grundsteuer A	137	137	137	137	137
Grundsteuer B	9.927	10.319	10.525	10.736	10.951
Gewerbesteuer	27.163	22.951	24.099	25.545	27.333
Gem.Anteil a.d. Einkommensteuer	20.816	18.536	19.740	21.124	22.284
Gem.Anteil a.d. Umsatzsteuer	2.454	2.587	2.638	2.702	2.765
Kompensationszahlung (Fam.Leist.Ausgl.)	2.128	2.437	2.189	2.285	2.342
Sonstige Steuem	585	688	688	688	688

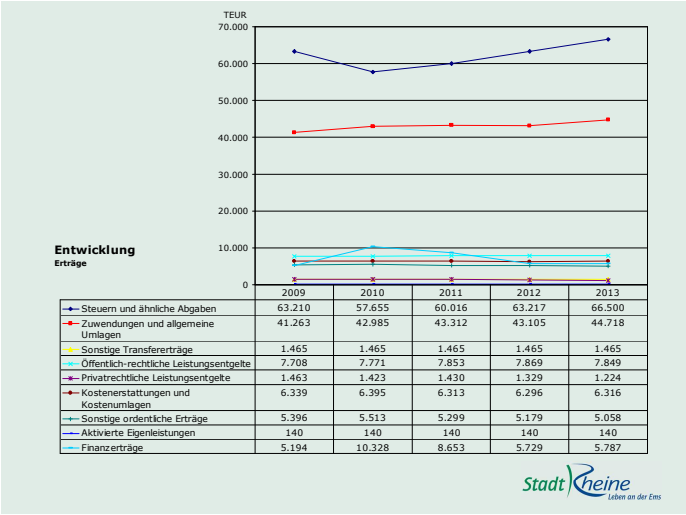
Die Entwicklung der übrigen Steuererträge ist leicht positiv, in der Summe allerdings nicht von ausschlaggebender Bedeutung.

Wenden wir uns nun den Erträgen aus Zuwendungen zu.



	2009	2010	2011	2012	2013
Schlüsselzuweisung	27.419	27.957	29.729	29.516	31.254
sonstige Zuwendungen	13.844	15.028	13.583	13.589	13.464

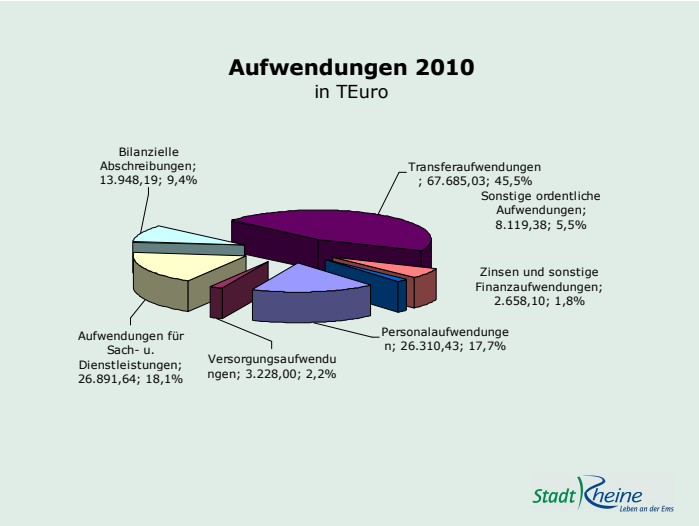
An dieser Grafik wird deutlich, dass 65 % dieser Erträge auf die Schlüsselzuweisung nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) entfallen. Die Schlüsselzuweisung wurde von uns auf der Basis des inzwischen vorliegenden endgültigen Bescheides angesetzt und ist damit „fest". Die weitere Entwicklung ist einerseits unter Berücksichtigung unserer Steuerkraftentwicklung und andererseits auf der Basis der Orientierungsdaten des Landes, die wiederum auf der November-Steuerschätzung beruhen, prognostiziert worden. Es ist allerdings zu befürchten, dass auch die Finanzzuweisungen des Landes – für 2010 immerhin noch 7,6 Mrd. Euro – deutlich zurückgehen werden. Denn das Land hat selbst große Einnahmeausfälle zu verkraften. Allein in 2009 3,7 Mrd. Euro.



	2009	2010	2011	2012	2013
Steuern und ähnliche Abgaben	63.210	57.655	60.016	63.217	66.500
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	41.263	42.985	43.312	43.105	44.718
Sonstige Transfererträge	1.465	1.465	1.465	1.465	1.465
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.708	7.771	7.853	7.869	7.849
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.463	1.423	1.430	1.329	1.224
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	6.339	6.395	6.313	6.296	6.316
Sonstige ordentliche Erträge	5.396	5.513	5.299	5.179	5.058
Aktivierte Eigenleistungen	140	140	140	140	140
Finanzerträge	5.194	10.328	8.653	5.729	5.787

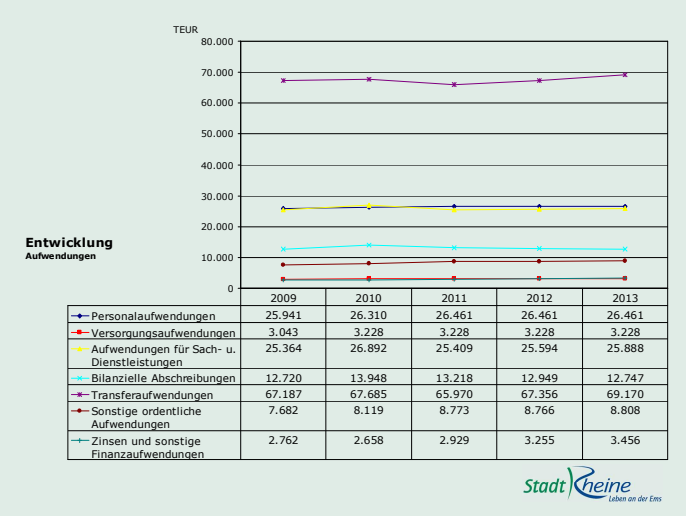
Ich möchte Ihren Blick auf die Entwicklung der Finanzerträge lenken. Sie sehen, dass wir hier in 2010 und 2011 gegenüber dem Vorjahr und den nachfolgenden Jahren erhebliche Abweichungen haben. Hierin spiegeln sich die bereits am Anfang von mir angesprochen Unterstützungsleistungen der Stadtwerke und der Sparkasse wider.

Meine Damen und Herren,
wenden wir uns nun den Aufwendungen zu.



Mit 67,7 Mio. Euro oder 45,5 % bilden die Transferaufwendungen mit deutlichem Abstand den größten Aufwandsblock im städtischen Ergebnishaushalt. Tendenz: weiterhin schnell steigend! Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen stellen nun mit 26,9 Mio. Euro oder 18,1 % den zweitgrößten Aufwandsblock dar und übersteigen 2010 erstmals die Personalaufwendungen. Die Personalaufwendungen sind nun mit 26,3 Mio. Euro oder 17,7 % der drittgrößte Aufwandsblock. Die bilanziellen Abschreibungen wurden auf aktualisierter Basis mit 13,9 Mio. Euro oder 9,4 % angesetzt. Dem Aufwandsposten stehen auf der Ertragsseite 6,6 Mio. Euro durch die Auflösung von Sonderposten gegenüber.

In der nachfolgenden Grafik haben wir Ihnen die Entwicklung der Aufwendungen in der Zeitreihe dargestellt.



	2009	2010	2011	2012	2013
Personalaufwendungen	25.941	26.310	26.461	26.461	26.461
Versorgungsaufwendungen	3.043	3.228	3.228	3.228	3.228
Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	25.364	26.892	25.409	25.594	25.888
Bilanzielle Abschreibungen	12.720	13.948	13.218	12.949	12.747
Transferaufwendungen	67.187	67.685	65.970	67.356	69.170
Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.682	8.119	8.773	8.766	8.808
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.762	2.658	2.929	3.255	3.456

Mit wenigen Ausnahmen entwickeln sich die Aufwendungen relativ verhalten. Das gilt auch für den Personalaufwand, eine Aufwandsart, die in jeder Organisation immer im besonderen Blickpunkt steht. Der Personalaufwand erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr um exakt 369 TEuro oder 1,4 %. Wie in den Vorjahren, ist der Personalaufwand personenscharf für die derzeit bei der Stadtverwaltung Beschäftigten ermittelt worden. Ergänzend verweise ich auf die hierzu bereits durch die Bürgermeisterin gegebenen

Erläuterungen und möchte wiederholend darauf aufmerksam machen, dass für die tariflich Beschäftigten für 2010 und ab 2011 sowohl für die tarifliche Beschäftigten als auch für die Beamtinnen und Beamte keine Anpassungen berücksichtigt wurden. Das bedeutet: Tarif- und Besoldungssteigerung = 0!. Angesichts der derzeit laufenden Tarifverhandlungen ein nicht zu unterschätzendes Risiko!

Ohne dass dies im dargestellten Zahlenwerk ablesbar ist, möchte ich an dieser Stelle einen besonderen Aspekt verdeutlichen: Im Bereich der Feuerwehr haben sich durch neue Standards in Form der Vorhaltung eines zweiten Rettungstrupps und durch EU-Rechtsprechung zu Arbeitszeiten der hauptamtlichen Feuerwehrkräfte erhebliche Stellenausweitungen ergeben. Hierdurch sind die Personalaufwendungen in diesem Bereich im Vergleich zu 2006 um 726 TEuro gestiegen. Umstände also, auf die die Stadt keinen Einfluss hatte!

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Mio. Euro oder 6 %. Diese Erhöhung ist ausschließlich auf die im Rahmen des Konjunkturpaktes II im Ergebnisplan zu veranschlagenden Maßnahmen der energetischen Gebäudesanierung bzw. der Umrüstung der Straßenbeleuchtung zurückzuführen.

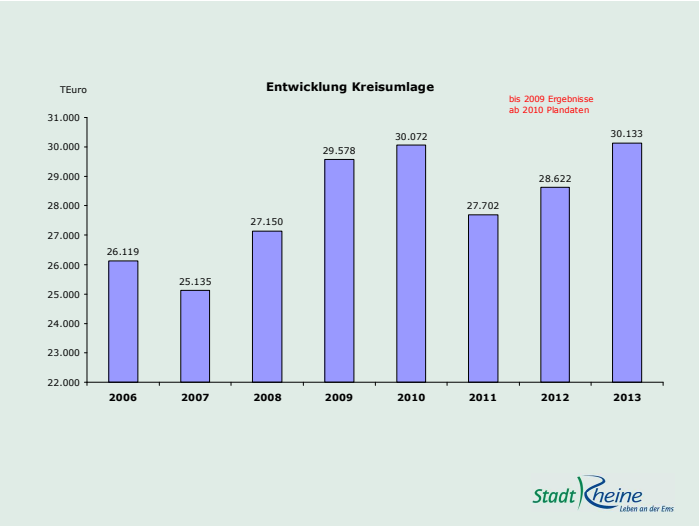
Die Abschreibungen steigen gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Mio. Euro. Dies ist zum einen auf teilweise erhebliche Korrekturen zurückzuführen, die sich im Rahmen der Prüfung der Eröffnungsbilanz als notwendig erwiesen haben und zum anderen durch Veränderungen des Anlagevermögens aus den Jahren 2006 bis 2009 bedingt.

Auch wenn der Blick auf diese Grafik das nicht deutlich macht, hat es in den vergangenen Jahren eine dramatische Steigerung bei den Transferaufwendungen gegeben. Dies möchte ich Ihnen anhand folgender Grafik verdeutlichen:

Der Transferaufwand ist seit 2006 innerhalb kürzester Zeit um 8,7 Mio. Euro oder 14,8 % gestiegen. Neben der Kreisumlage, auf die ich gleich

noch zu sprechen komme, ist dies vor allem bedingt durch eine massive Aufwandssteigerung von 4,1 Mio. Euro im Bereich der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege begründet. Daneben sind die Aufwendungen für die Betreuung an den offenen Ganztagsschulen um 0,8 Mio. Euro gestiegen. Weitere deutliche Aufwandssteigerungen sind zu verzeichnen für die Förderung junger Menschen und Familien (0,6 Mio. Euro) und durch Zuschüsse an Beteiligungen (0,7 Mio. Euro).

Nun zur Entwicklung der Kreisumlage.



Die Kreisumlage hat sich in vier Jahren um knapp 4 Mio. Euro oder 15,1 % erhöht. Knapp 21 % unserer Aufwendungen oder inzwischen 52,2 % unserer Erträge aus Steuern gehen über die Kreisumlage an den Kreis Steinfurt. Dabei haben wir den vom Kreistag in seiner Sitzung am 14. Dez. 2009 beschlossenen Hebesatz von 35,0 v.H. angesetzt.

Mit der Kreisumlage finanzieren die Städte und Gemeinden hauptsächlich Sozialleistungen des Kreises (Kreisanteil für Hilfen nach dem SGB II, Grundsicherung im Alter und bei dauernder Erwerbsunfähigkeit sowie Hilfen zur Pflege) und des Landschaftsverbandes (insbesondere Eingliederungshilfe für behinderte Menschen).

Zu berücksichtigen sind auch noch die bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen nachzuweisende Kostenbeteiligung der Stadt (z.Zt. 40 %, ab 2011 50 %) an den Hilfen nach dem SGB II. Im Vergleich zu 2006 ist hier der Aufwand von 0,5 Mio. Euro um 2,7 Mio. Euro auf jetzt 3,2 Mio. Euro gestiegen.

Eine Trendwende bei diesen zuvor genannten Sozialaufwendungen ist nicht in Sicht. Die demographische Entwicklung führt dazu, dass die Zahl der Anspruchsberechtigten immer weiter steigt. Und Fallwachstum produziert Kostenwachstum.

Weil die Menschen immer älter werden und viele dabei immer weniger Geld zur Verfügung haben, werden vor allem für die Grundsicherung älte-

rer Menschen explosive Steigerungsraten erwartet. Die Konsequenz für uns: weitere massive Erhöhung der Kreisumlage.

Dramatisch sieht es auch bei der Behindertenhilfe aus. Auch hier explodieren Fallzahlen und Kosten. Konsequenz für uns: nochmalige massive Erhöhung der Kreisumlage, weil der Kreis ja über die Landschaftsumlage daran beteiligt ist.

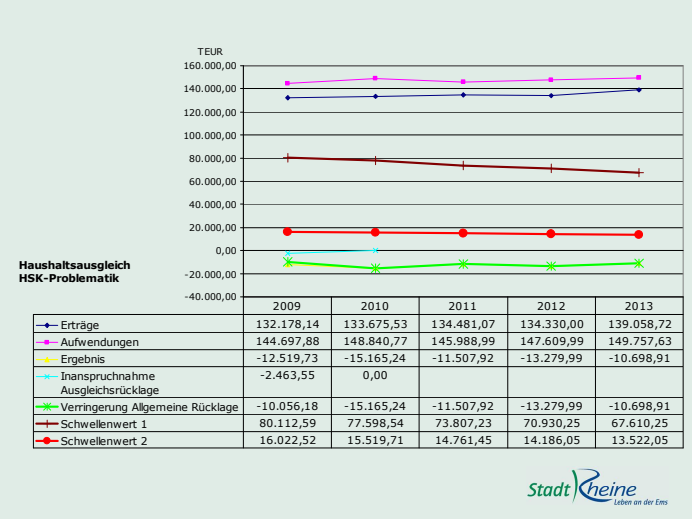
Auch beim SGB II sieht es nicht besser aus. Auch hier tickt eine Zeitbombe. Ein Grund: Der Reformeifer der Politik treibt die Kosten immer weiter in die Höhe. So sollen beispielsweise Schonvermögen und Zuverdienstgrenzen kräftig angehoben werden. Der zweite Grund: der Bund plant seinen Anteil an den Unterkunftskosten (erneut) abzusenken. Die Folge: Auf die Kommunen kommen Mehrkosten zu. Bundesweit rund 2 Mrd. Euro.

Vier Kostentreiber unseres Sozialstaates sind ausschließlich bei den Kommunen angesiedelt und die werden „im Regen stehen gelassen", weil Bund und Land auf die desolate eigene Finanzsituation verweisen!

Was möchte ich Ihnen hiermit verdeutlichen? Die Städte und Gemeinden haben ein strukturelles Problem, sie sind seit Jahren unterfinanziert und sind aus eigener Kraft nicht in der Lage, diese strukturelle Finanzkrise zu überwinden.

Ich empfehle Ihnen, sich dazu ganz tagesaktuell die von dpa verbreitete Meldung „Kommunen klamm wie nie" anzuschauen!

Kommen wir nun zum Haushaltsausgleich.

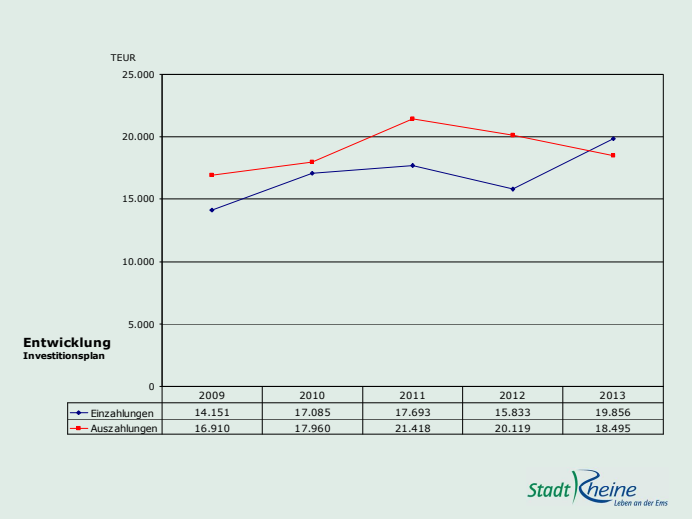


	2009	2010	2011	2012	2013
Erträge	132.178,14	133.675,53	134.481,07	134.330,00	139.058,72
Aufwendungen	144.697,88	148.840,77	145.988,99	147.609,99	149.757,63
Ergebnis	-12.519,73	-15.165,24	-11.507,92	-13.279,99	-10.698,91
Inanspruchnahme Ausgleichsrücklage	-2.463,55	0,00			
Verringerung Allgemeine Rücklage	-10.056,18	-15.165,24	-11.507,92	-13.279,99	-10.698,91
Schwellenwert 1	80.112,59	77.598,54	73.807,23	70.930,25	67.610,25
Schwellenwert 2	16.022,52	15.519,71	14.761,45	14.186,05	13.522,05

Der Entwurf des Ergebnisplans für 2010 schließt mit einem Fehlbetrag in Höhe von 15,2 Mio. Euro ab. Der Haushalt ist damit – wie schon in den Vorjahren – nicht ausgeglichen. Für die Abdeckung des Fehlbetrages ist eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage vorgesehen, die zu einem

entsprechenden Verzehr des Eigenkapitals führt. Damit unterliegt auch der Haushalt 2010 der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

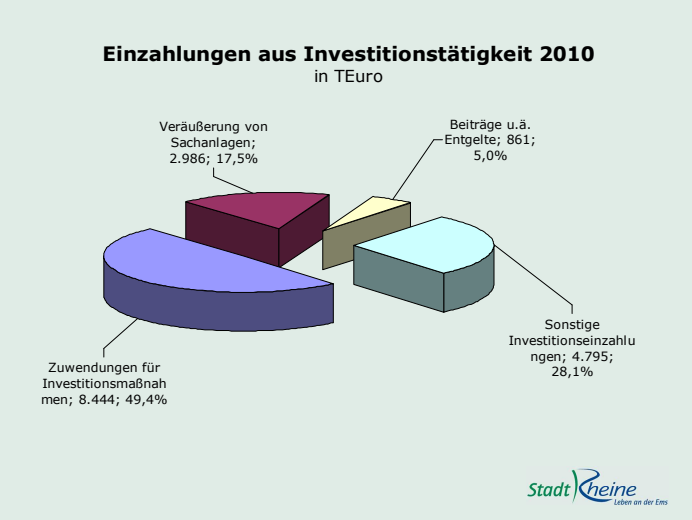
Meine Damen und Herren,
nun möchte ich überleiten zum Investitionsplan.



	2009	2010	2011	2012	2013
Einzahlungen	14.151	17.085	17.693	15.833	19.856
Auszahlungen	16.910	17.960	21.418	20.119	18.495

Der Investitionsplan sieht für 2010 Auszahlungen für Investitionen in Höhe von knapp 18 Mio. Euro und damit 1 Mio. Euro mehr als im Vorjahr vor. Dem stehen Investitions-Einzahlungen in Höhe von 17,1 Mio. Euro gegenüber. Eingeplant sind hier insbesondere auch die investiven Maßnahmen, die im Rahmen des Konjunkturpaketes II durchgeführt werden sollen und hierüber vollständig finanziert sind.

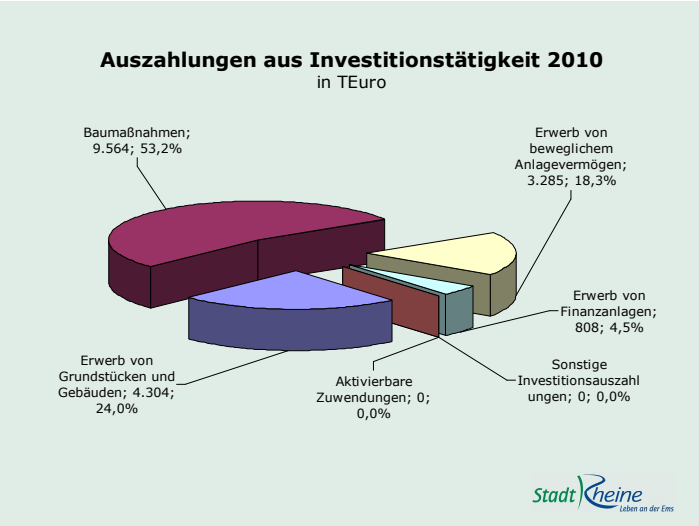
Ich möchte Ihnen zunächst die Einzahlungen vorstellen und erläutern.



Mit 8,4 Mio. Euro oder 49,4 % fallen die Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen deutlich ins Gewicht. Das liegt vornehmlich an den über das Konjunkturpaket II finanzierten Projekten, beispielsweise die Erweiterung des Kopernikus-Gymnasiums. Mit 4,8 Mio. Euro oder 28,1 % sind sonstige Investitionseinzahlungen vorgesehen. Sie sind hauptsächlich auf die Tilgungsleistungen aus dem Trägerdarlehen an die AöR Technische Betriebe

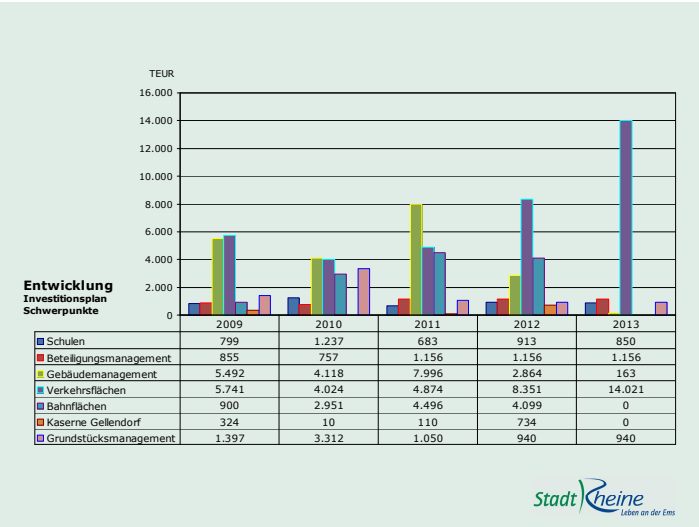
zurückzuführen. Aus der Veräußerung von Sachanlagen werden knapp 3 Mio. Euro oder 17,5 % erwartet, hauptsächlich durch den Verkauf von Wohnbau- und Gewerbegrundstücken sowie aus dem seinerzeitigen Verkauf städtischer Wohnungen. Aus Beiträgen u.ä. werden knapp 1 Mio. Euro oder 5 % erwartet.

Die Auszahlungen verteilen sich wie folgt:



Schwerpunkt sind mit 9,6 Mio. Euro weiterhin die Baumaßnahmen. Damit wird die Stadt Rheine ihrer besonderen Aufgabe in der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage in besonderem Maße gerecht. Für den Erwerb von Grundstücken sind 4,3 Mio. Euro vorgesehen, hauptsächlich für den Erwerb von landwirtschaftlichen Tauschflächen, aber auch für neue Baugebiete. 3,3 Mio. Euro stehen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen zur Verfügung. Zu nennen sind hier insbesondere Einrichtungskosten im Schulbereich und Gerätebeschaffungen für die Feuerwehr. Die für den Erwerb von Finanzanlagen vorgesehenen 0,8 Mio. Euro stehen im Zusammenhang mit der Ausgliederung der Technischen Betriebe.

Ich möchte Ihnen nun die Investitionsschwerpunkte kurz überblicksartig darstellen.



	2009	2010	2011	2012	2013
Schulen	799	1.237	683	913	850
Beteiligungsmanagement	855	757	1.156	1.156	1.156
Gebäudemanagement	5.492	4.118	7.996	2.864	163
Verkehrsflächen	5.741	4.024	4.874	8.351	14.021
Bahnflächen	900	2.951	4.496	4.099	0
Kaserne Gellendorf	324	10	110	734	0
Grundstücksmanagement	1.397	3.312	1.050	940	940

Die Investitionsschwerpunkte liegen überwiegend im Hoch- und Tiefbaubereich.

Beim Gebäudemanagement geht es insbesondere um vier große Projekte: Sporthalle Euregio-Gesamtschule, Erweiterung Kopernikusgymnasium, Erweiterung der Don-Bosco-Schule für den Ganztagsbetrieb und Neubau des Feuerwehrgerätehauses Mesum.

Bei den Verkehrsflächen liegen die Schwerpunkte im Ausbau von Straßen in neuen Wohnbaugebieten, dem Ausbau der Salzbergener Straße, dem Ausbau des Kardinal-Galen-Ringes und dem Ausbau von Radwegen.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle auch einen aktuellen Überblick über den derzeitigen Stand der Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II geben.

Konjunkturpaket II

Gesamtmittel

Bereich Bildungsinfrastruktur	7.797.430 €
Mitteltausch mit Kreis Coesfeld	256.743 €
aktueller Stand	**8.054.173 €**

Bereich Infrastruktur	3.215.232 €
Mitteltausch mit Kreis Coesfeld	-256.743 €
aktueller Stand	**2.958.489 €**

Gesamtmittel	**11.012.662 €**

Stadt Rheine Leben an der Ems

Konjunkturpaket II

Bereich Bildungsinfrastruktur

Ausbau Kopernikus-Gymnasium einschl. Einrichtung		5.573.000 €
- Erweiterung und Eingliederung in Bestand	4.897.000 €	
- Anbau 2 Klassenräume	272.000 €	
- Einrichtung	404.000 €	
Energetische Sanierung		2.803.000 €
- Schulgebäude Kopernikus-Gymnasium (energ. Sanierung)	500.000 €	
- Schulgebäude Kopernikus-Gymnasium (Brandschutz)	500.000 €	
- Schulgebäude Michaelschule	624.000 €	
- Turnhalle Michaelschule	380.000 €	
- Aula Josef-Wickler-Zentrum	519.000 €	
- Turnhalle Marienschule	280.000 €	
- Turnhalle Johannesschule Eschendorf	0 €	
Summe Bildungsinfrastruktur		*8.376.000 €*
aktuelle Förderung		*8.054.173 €*
aktuell nicht abgedeckt		***-321.827 €***

Stadt Rheine Leben an der Ems

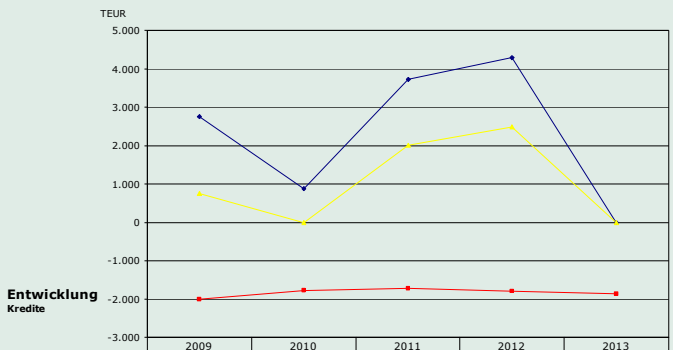
Konjunkturpaket II

Bereich Infrastruktur

Breitbandausbau in bisher nicht angebundenen Ortsteilen		981.926 €
Sanierung/Erneuerung von Wirtschaftswegen		580.000 €
Straßenbeleuchtung		1.074.736 €
- Umrüstung auf Natriumdampfhochdrucklampen	185.580 €	
- Erneuerung Straßenbeleuchtungskabel	216.000 €	
- Umrüstung auf Seitenansatzleuchten incl. verzinktem Stahlmast	673.156 €	
Summe Infrastruktur		*2.636.662 €*
aktuelle Förderung		*2.958.489 €*
aktuell frei		***321.827 €***

Stadt Rheine Leben an der Ems

Zur Finanzierung der nach dem Planentwurf vorgesehenen Investitionen

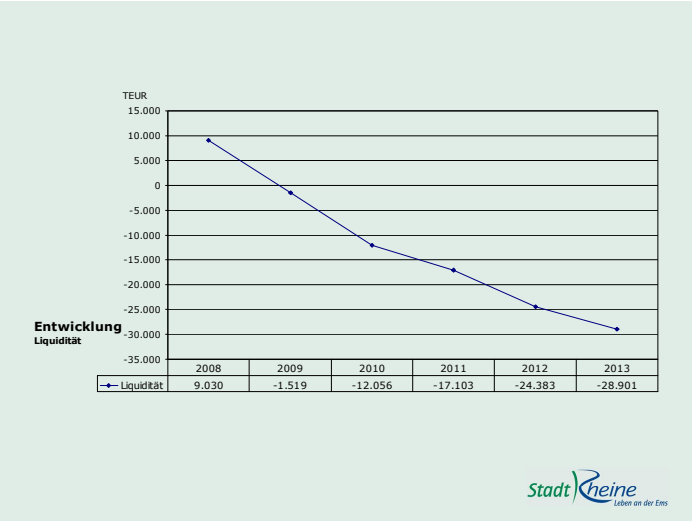


	2009	2010	2011	2012	2013
Aufnahme	2.759	875	3.725	4.286	0
Tilgung	-2.003	-1.785	-1.719	-1.800	-1.864
Neuverschuldung	756	0	2.006	2.486	0

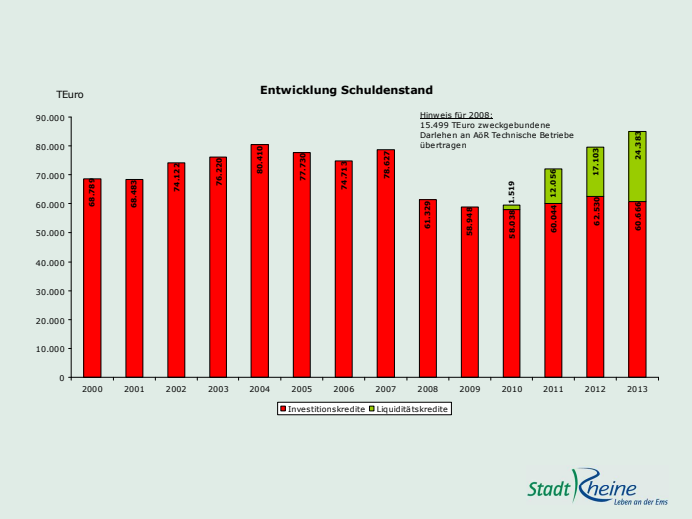
Stadt Rheine Leben an der Ems

sind 2010 Kredite in Höhe von nur 0,9 Mio. Euro erforderlich. Bei Kredittilgungen von 1,8 Mio. Euro wird sich 2010 der Schuldenstand aus Investitionkrediten voraussichtlich um 0,9 Mio. Euro reduzieren.

Das ist aber nur eine Seite der Medaille. Durch die dramatische Situation im Ergebnisplan wird sich die bisher noch ordentliche Liquiditätslage der Stadt schlagartig und mit hoher Intensität verschlechtern. Es werden in zunehmendem Maße – und voraussichtlich auf längere Dauer – Liquiditätskredite in erheblicher Größenordnung notwendig sein, um die Zahlungsfähigkeit der Stadt zu sichern. Das wird deutlich an den Abschlusszahlen des Gesamtfinanzplanes.



Zum Ende des Planungszeitraumes werden wir nach heutigem Erkenntnisstand einen kurzfristigen Liquiditätskredit in einer Größenordnung fast 29 Mio. Euro benötigen. Diese Entwicklung treibt die Verschuldung der Stadt dramatisch in die Höhe.



Der Schuldenstand wird Ende 2010 voraussichtlich 59,5 Mio. Euro betragen, allerdings innerhalb von vier Jahren auf insgesamt 85 Mio. Euro ansteigen. Wir müssen alles daran setzen, es hierzu nicht kommen zu lassen!

Meine Damen und Herren,
die Finanzkrise der Stadt Rheine ist – wie Sie den vorhergehenden Ausführungen entnehmen konnten – in großen Teilen nicht „hausgemacht". Rückblickend betrachtet müssen sich Verwaltung und auch der Rat der Stadt allerdings fragen oder fragen lassen, ob sie bei ihren Vorschlägen und Entscheidungen die notwendige Sicherstellung der Finanzierung immer im Blick hatten, - besser noch: garantieren konnten. Ich denke, dies war sehr häufig nicht der Fall. Ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, möchte ich hier einige Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit aufzeigen.

Nehmen wir die Grundentscheidungen zur Einführung des offenen Ganztags in den Grundschulen und des gebundenen Ganztags in den weiterführenden Schulen. Deren Notwendigkeit steht auch für mich, insbesondere unter dem Blickwinkel des Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes, außer Zweifel! Allerdings bin ich nicht davon überzeugt, dass bei den Grundentscheidungen die inzwischen teilweise bereits eingetretenen oder in Zukunft noch eintretenden finanziellen Konsequenzen annähernd richtig erfasst wurden. In keinem Fall ist aber die Finanzierung der eintretenden Folgelasten, insbesondere durch Investitionen, nachgewiesen bzw. über deren Sicherstellung entschieden worden. So belastet die offene Ganztagsbetreuung an den Grundschulen den Ergebnisplan inzwischen mit rd. 720 TEuro jährlich. Die für den gebundenen Ganztagsbetrieb an den weiterführenden Schulen notwendigen und noch vor uns liegenden Erweiterungsinvestitionen an der Don-Bosco-Hauptschule, an der Fürstenberg-Realschule und am Kopernikus-Gymnasium werden zu bisher noch nicht eingeplanten jährlichen Folgekosten von rd. 650 TEuro führen. Damit werden die Belastungen für den Ganztagsbetrieb an den städtischen Schulen künftig rd. 1,4 Mio. Euro betragen.

Der Neubau der Sporthalle der Euregio-Gesamtschule führt nach der Fertigstellung zu Folgelasten von 350 TEuro jährlich, und der Neubau des Feuerwehrgerätehauses Mesum zu Folgelasten von 180 TEuro jährlich.

Wir haben im Zusammenhang mit der Verlagerung der Stadtbücherei und deren Ausbau zur Stadtbibliothek sehr eingehend über die damit verbundenen Folgekosten diskutiert und beraten. Diese dürften unter Einbeziehung des Ankaufs der Immobilie inzwischen bei über 500 TEuro p.a. liegen. Eine Entscheidung, wie wir diesen zusätzlichen Finanzbedarf sicherstellen wollen/können ist seinerzeit nicht erfolgt.

Die 2008 erfolgte Einführung der Sonderverträge Gas für Privatkunden bei der Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH führt seit dem letzten Jahr zu Mindererträgen in Höhe von 800 TEuro p.a. Eine Kompensation auf städtischer Seite (etwa durch Steuererhöhungen) erfolgte (bewusst) nicht.

Die Betriebskostenzuschüsse an städtische Beteiligungen haben sich im Vergleich zu 2006 um insgesamt 670 TEuro erhöht, u.a. 361 TEuro für die Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH, 100 TEuro im Zuge der Neustrukturierung der TaT GmbH, 120 TEuro an die Mathias-Stiftung. Im Zuge der letztjährigen Haushaltsplanberatungen wurden die Zuwendungen an Vereine, Verbände und freie Träger um 10 % angehoben, was zu zusätzlichen Aufwendungen von rd. 560 TEuro p.a. führte. Bei den seinerzeitigen Beschlussfassungen ist die Frage der Finanzierung dieser zusätzlichen Aufwendungen ebenfalls nicht beantwortet worden.

Wie schon gesagt: die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie soll verdeutlichen, dass allein diese wenigen Beispiele in kurzer

Zeit zu erheblichen ungelösten Finanzierungslasten in Höhe von jährlich rd. 4,4 Mio. Euro geführt haben bzw. noch führen werden.

Wir werden ab sofort die Folgenlasten unserer Vorschläge und Entscheidungen in aller Konsequenz im voraus ermitteln und deren vollständige Finanzierung sicherstellen müssen. Kann dies nicht gewährleistet werden, sind solche Vorschläge bis auf weiteres grundsätzlich nicht entscheidungsfähig und umsetzbar. In Kürze wird die Verwaltung Ihnen ein Konzept zur Folgekostenermittlung vorstellen, das künftig zwingender Bestandteil der Beratungsvorlagen werden soll.

Diese Neuorientierung ist ohne Alternative. Das verdeutlichen auch die Hinweise der Aufsichtsbehörde im Zusammenhang mit der Genehmigung der Haushaltssatzung für 2009. Ich zitiere auszugsweise:

„Der Eigenkapitalverzehr des Jahres 2008 von rd. 2,2 Mio. Euro konnte noch im Zusammenhang mit den mittelfristig geplanten Überschüssen beurteilt werden. Mit dem städt. Etat 2009 ist der Haushaltsausgleich für die kommenden Jahre nicht mehr darstellbar. Insgesamt erwartet die Stadt Rheine bis zum Jahr 2012 Haushaltsdefizite von rd. 31 Mio. Euro. Parallel dazu wird die Liquidität um rd. 17,4 Mio. Euro abgebaut. Zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit werden neue Bankverbindlichkeiten unumgänglich, die Zinsbelastungen nach sich ziehen.

Mit Blick auf den Jahreszeitpunkt und die bekannten Eckdaten zur Haushaltsplanung für 2010 sehe ich die städt. Finanzen vor tiefgreifenden Konsolidierungszwängen. Der voraussichtlich höhere Fehlbetrag 2009 als auch die anhaltend defizitären Planungsjahre führen in ein Haushaltssicherungskonzept.

Obwohl der Eigenkapitalverzehr (bislang) unterhalb der Schwellenwerte des § 76 (1) GO NRW liegt, kann das Ziel des Haushaltsausgleichs nicht ohne nachhaltige Konsolidierungsmaßnahmen erreicht werden. Bei den Etatberatungen 2010 ist der Haushaltskonsolidierung, d.h. der Sicherung des Eigenkapitals, Priorität einzuräumen. Insoweit stelle ich meine kommunalaufsichtlichen Bedenken gegen die Haushaltssatzung 2009 zurück und verzichte auf ergänzende Nebenbestimmungen."

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! und wünsche Ihnen erfolgreiche Beratungen.